



PRESSEMITTEILUNG

Berlin-Tegel, 02.04.2022

Reinickendorfer Bündnisgrüne: Solarausbau ohne Produkte aus chinesischer Zwangsarbeit

Berlin hat sich vorgenommen, bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu werden. Dabei soll Solarenergie eine entscheidende Rolle spielen. Mit dem Berliner Solargesetz besteht schon ab 1. Januar 2023 eine Solarpflicht für Neubauten. So sehr der Ausbau der Solarenergie zu begrüßen ist, so problematisch ist aber die Frage der Herkunft der Module und anderer Bauteile. Ein großer Teil der in Deutschland verbauten Solaranlagen wird derzeit ungeprüft aus der VR China importiert. Hersteller in der Provinz Xinjiang, in der das Volk der Uiguren systematisch unterdrückt wird, stehen jedoch international in begründetem Verdacht, dass sie Zwangsarbeiter*innen einsetzen.

Als erster Kreisverband haben nun die Bündnisgrünen in Reinickendorf beschlossen, dass Einrichtungen der Berliner Verwaltung ab sofort auf die Nutzung von Solarmodulen aus Zwangsarbeit verzichten sollen. „Die Einhaltung fairer Arbeits- und Produktionsbedingungen und der Ausschluss von Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind ein hohes Gut für ‚Nachhaltigkeit‘, zu der Zwangsarbeit nicht gehören darf“, heißt es im Beschluss der Bündnisgrünen, der ohne Gegenstimmen auf der Kreismitgliederversammlung am 29. März verabschiedet wurde.

Sie wollen, dass das seit 2020 gültige Berliner Vergabegesetz angewendet wird, dem zu Folge Produkte aus Zwangsarbeit auszuschließen sind. In den USA ist bereits im vergangenen Jahr der Import von Solarprodukten aus der chinesischen Provinz Xingjiang gesetzlich verboten worden. Hersteller in Deutschland, Europa, den USA und Asien, die mit der Offenlegung ihrer Lieferketten Zwangsarbeit ausschließen, sollten bei öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden.

Wenn das riesige Dach eines Fußballstadions wie in Freiburg mit 6.000 Solarmodulen „Made in Germany“ bestückt wird, warum dann nicht auch öffentliche Gebäude in Reinickendorf, fragen die Bündnisgrünen in Reinickendorf. Sie hoffen, dass ihr Beispiel Schule macht und andere Bezirke, Kommunen und Länderverwaltungen nachziehen.

Kontakt:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Reinickendorf
Brunowstraße 49, 13507 Berlin-Tegel
Tel (030) 8092 6899
kreisverband@gruene-reinickendorf.de
www.gruene-reinickendorf.de





Nachdem der Ukrainekrieg die Abhängigkeit von diktatorischen Regimen in der Energieversorgung deutlich macht, wollen die Grünen auch die Abhängigkeit von Importen überprüfen, insbesondere wenn Menschenrechte verletzt werden. Die Einhaltung von sozialen und Umweltnormen und der Ausschluss von Zwangsarbeit betreffe allerdings alle Länder, nicht nur China.

Für Nachfragen: vorstand@gruene-reinickendorf.de

Kontakt:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Reinickendorf

Brunowstraße 49, 13507 Berlin-Tegel

Tel (030) 8092 6899

kreisverband@gruene-reinickendorf.de

www.gruene-reinickendorf.de

